

Berliner

Morgen-Ausgabe Einzel-Nummer 10 Pfennig

Volks-Zeitung

Mit „Jede Woche Musik“

Moden-Zeitung Sport-Zeitung Film-Zeitung Haus.Garten.Ztg. Techn.Zeitung Witzblatt „ULK“

Er erscheint täglich zweimal... Abonnement... Einzelhefte...

Postamt 1, Müllerweg 125, Berlin 1... Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin S.W.

Der Zollkrieg mit Polen geht weiter

Die letzte polnische Antwort bietet keine Möglichkeit für eine Einigung

Berlin, 8. Juli. (M. T. W.) Die polnische Delegation hat gestern ihre Antwort auf die letzten deutschen Vorschläge zum vorläufigen deutsch-polnischen Wirtschaftsabkommen überreicht...

Diese Forderung ist deshalb für Deutschland völlig unannehmbar. Ebenso wenig fragt die polnische Forderung auf Einführung von lebenden Rindern und Schweinen dem deutschen Standpunkt Rechnung.

Polen erklärt weiter, daß es von diesen Forderungen nur dann absehen könne, wenn Deutschland bereit wäre, auf die zolltarifrechtliche Gleichberechtigung zu verzichten und lediglich ein Abkommen zu schließen...

Schnelldienst

Der italienische Finanzminister de Stefani und der Wirtschaftsminister Nava... Der französische Senat hat die Arbeit zur Schaffung eines internationalen Instituts für geistige Zusammenarbeit in Paris genehmigt.

Bilanz

Was hat die Reichsregierung Luther bisher geleistet?

Wohl kaum hat je eine Regierung ihre eigenen Anhänger und Freunde ärger enttäuscht, als die Regierung Luther, in der bekanntlich die Deutschnationale den Ton angeben. In der Aufwertungfrage wird das Ergebnis der langwierigen Beratungen derart mager sein, daß wie ja schon deutlich die hinterste Sicht gestrichelten Aufwertungsfraße bestehen haben...

Luther fängt das Zentrum ein

Die Zollvorläufe sollen durchgepeitscht werden. Am Mittwochabend nach der Besichtigung fanden Verhandlungen zwischen dem Reichsminister Dr. Luther und dem Vertreter der Regierungsparteien statt...

Die sich gegen Entlohnungsnoten, Sicherheitspoli, Dames-Abkommen und Völkerbundesmitglieder wenden.

Der bayerische Ausnahmezustand bleibt

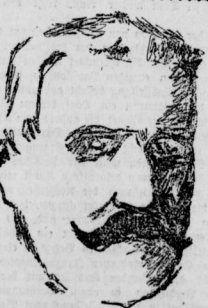
München, 8. Juni. (M. T. W.) Am Landtag stand ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf sofortige Beilegung der noch in Kraft befindlichen Bestimmungen des Ausnahmezustandes in Bayern zur Behandlung. Der Minister des Innern, Stöckel, gab für die Regierung die Erklärung ab, daß diese die Zeit für eine vollständige Beilegung des Ausnahmezustandes noch nicht für gekommen erachte...

Barabfindung für Altanleihen

im Werte bis zu 500 Mark. Der Aufwertungsausschuß des Reichstags vollzieht die dritte Runde des Gegenentwurfs über die Ablösung öffentlicher Anleihen. Zum Paragraph 27 des Gesetzentwurfs, der den Anleihen und Einrückungen der freien Wohlfahrtsvereine, sofern ihnen auf Antrag fünfzig Jahre hindurch eine Wohlfahtsrente gewährt wurde, folgender Absatz angefügt ist...

Kindermords Gnade gesucht

Am Ende seines Gnadenersuches schreibt der beurteilte Student Rindermann vorwärts: „Ich bitte, das Todesurteil aufzuheben. Mein innigster Wunsch ist, mein Leben so einzurichten, daß es der Gnade, um die ich bitte, würdig werde. Indem ich nochmals meine Jugendlichkeit, die Aufrichtigkeit des in mir vorliegenden Willens, die Aufrichtigkeit der revolutionären Vergangenheit meines Vaters betone, verleihe ich ersucht dieses Gesuch ein in der Hoffnung auf die Nachsicht der Sowjetregierung.“



Cesare Nova, der gestern zurückgetretene italienische Wirtschaftsminister

Die Wert-Rente im Reichstag. Die Brongschäfte des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert, die vom Reichstag dem Verstorbenen Georg Rolke in Auftrag gegeben ist, ist in dem Körper der Reichstagskammerprozedur auf einer fernernatigen Volksliste aufgeführt worden. Stimmrechtsbeschlüsse. In München wurde gestern die 20. Sitzung der deutschen Kriegseisenbahner eröffnet. Nach Abwendung treubundlicher Größe an Hindenburg. Geld und Waare werden Entschädigungen angenommen.

Ganz ähnlich ist die Haltung der Regierung in den Finanz- und Steuerfragen. Wie wurde feinerseitig von deutschnationaler und völksparteilicher Seite die Steuerpolitik Erzbischofs angegriffen - und heute erleben wir es, daß der deutschnationale Finanzminister v. Schlieffen eine Steuerpolitik treibt, die im ganzen noch weit richtiger ist, als die Erzbischofs, und die nicht nur soziale Erfordernisse außer acht läßt, sondern auch über die wichtigsten wirtschaftlichen Notwendigkeiten einfach zur Tagesordnung übergeht, wie wir das im Einzelnen schon verschiedentlich gesagt haben. Das merkwürdige in der Finanzpolitik des deutschnationalen Herrn v. Schlieffen ist aber seine übertriebene, fast begeherrte Fixierung auf die Erfüllungspolitik. Er verlangt die Erfüllungspolitik, die er selbst nicht will, sondern die er verlangt, daß die Reparationszahlungen angesetzt werden, daß die Reparationszahlungen im laufenden Wirtschaftsjahr wiederum angefertigt der allgemeinen Kapitalmarkt überlassen werden, daß die Reparationszahlungen aufzuführen werden, trotz des von der Entente gewährten Moratoriums - das heißt, würden die gegenseitigen Angriffe von der rechten Seite kommen, und man würde gewiß nicht vor dem Vorwurf des Landesverrats und der Verräterei vor dem Gegner und der Preisgabe deutscher Lebensinteressen zurückweichen! Gegenüber der Verräterpolitik des deutschnationalen Herrn v. Schlieffen aber regt sich kein Widerspruch, trotzdem keine Politik zweifellos der schweren Lage der deutschen Wirtschaft ganz und gar nicht Rechnung trägt. Während sich nun auf dem Gebiete der Finanzpolitik eine in den Verhältnissen nicht begründete Rücknahme auf spätere Reparationsverpflichtungen zeigt und der Herr Finanzminister hier gewissermaßen „pächterlich als der Pächter“ ist, macht sich in der handelswertspolitischen Richtung geltend, die anscheinend vom Geiste der „starken“ Männer in der deutschnationalen Fraktion beeinflusst ist. Besonders hat sich in der merkwürdigen Haltung der Regierung zum deutsch-polnischen Handelsvertrag ausgedrückt, die zweifellos nicht geeignet ist, das Vertrauen zur deutschen Politik, selbst in uns freundlich gesinnten, ehemals neutralen Ländern zu stärken. Wenig Glück scheint auch die Regierung bei den anderen schwebenden Verhandlungen gehabt zu haben - zum mindesten sprechen die bisherigen Mißerfolge nicht zugunsten des Geschicks unserer maßgebenden Persönlichkeiten, obwohl



Rolle im Reichstag besetzt wird; aber über die Richtlinien muß das Parlament die Bestimmung bestimmen.

Es konnte vor allem auch die Möglichkeit sein, daß die stärkste Partei in der Regierung, die Deutschnationalen, den Boden vom 8. Februar verlassen haben.

Abg. Koch-Weser (Dnm.) erklärte ebenfalls die baldige politische Festsprache für unbedingt erforderlich.

Dr. Stresemann habe sich nicht erklärt, ob er an seinem bisherigen Standpunkt festhalte oder nicht.

Die Erklärungen der Deutschen Volkspartei in der vorigen Woche können nicht verworfen, bezüglich der Erklärungen des Reichsministries zu verurteilen.

Die außenpolitische Festsprache mußte stattfinden wegen der Haltung der Deutschnationalen, wegen der Stellung des Reichsinnenministers und wegen der Stellung der Deutschnationalen Presse.

Wenn in der „Arbeitszeitung“ von einer Wählerarbeit bei Demoralisation und Fühllosigkeiten die Rede gewesen ist, so mußte er das entschieden zurückweisen.

Die Wahlmängel erregte, daß das für, daß heute die außenpolitische Festsprache stattfinden sollte, nur eintreten: die Deutschnationalen, die Sozialdemokraten, die Kommunisten und die Linken; das ist die Wahrheit über die Wählerarbeit.

Die Festsprache erregte, daß das für, daß heute die außenpolitische Festsprache stattfinden sollte, nur eintreten: die Deutschnationalen, die Sozialdemokraten, die Kommunisten und die Linken; das ist die Wahrheit über die Wählerarbeit.

Die Festsprache erregte, daß das für, daß heute die außenpolitische Festsprache stattfinden sollte, nur eintreten: die Deutschnationalen, die Sozialdemokraten, die Kommunisten und die Linken; das ist die Wahrheit über die Wählerarbeit.

Die Verbrecherfabrik Eine „Jingler“-Jugendtheorie

Der Jingler-Badeverein (Siffee) hat es sich nicht nehmen lassen, in der Fragefrage ein so bedeutendes Wortlein mitzulassen, daß die Rundgebung keinesfalls einer weiteren Offenheit vorhalten werden darf.

Die Jingler-Badeverein (Siffee) hat es sich nicht nehmen lassen, in der Fragefrage ein so bedeutendes Wortlein mitzulassen, daß die Rundgebung keinesfalls einer weiteren Offenheit vorhalten werden darf.

Die Jingler-Badeverein (Siffee) hat es sich nicht nehmen lassen, in der Fragefrage ein so bedeutendes Wortlein mitzulassen, daß die Rundgebung keinesfalls einer weiteren Offenheit vorhalten werden darf.

Die Jingler-Badeverein (Siffee) hat es sich nicht nehmen lassen, in der Fragefrage ein so bedeutendes Wortlein mitzulassen, daß die Rundgebung keinesfalls einer weiteren Offenheit vorhalten werden darf.

Die Jingler-Badeverein (Siffee) hat es sich nicht nehmen lassen, in der Fragefrage ein so bedeutendes Wortlein mitzulassen, daß die Rundgebung keinesfalls einer weiteren Offenheit vorhalten werden darf.

Die Jingler-Badeverein (Siffee) hat es sich nicht nehmen lassen, in der Fragefrage ein so bedeutendes Wortlein mitzulassen, daß die Rundgebung keinesfalls einer weiteren Offenheit vorhalten werden darf.

Die Jingler-Badeverein (Siffee) hat es sich nicht nehmen lassen, in der Fragefrage ein so bedeutendes Wortlein mitzulassen, daß die Rundgebung keinesfalls einer weiteren Offenheit vorhalten werden darf.

Die Jingler-Badeverein (Siffee) hat es sich nicht nehmen lassen, in der Fragefrage ein so bedeutendes Wortlein mitzulassen, daß die Rundgebung keinesfalls einer weiteren Offenheit vorhalten werden darf.

Die Jingler-Badeverein (Siffee) hat es sich nicht nehmen lassen, in der Fragefrage ein so bedeutendes Wortlein mitzulassen, daß die Rundgebung keinesfalls einer weiteren Offenheit vorhalten werden darf.

Die Jingler-Badeverein (Siffee) hat es sich nicht nehmen lassen, in der Fragefrage ein so bedeutendes Wortlein mitzulassen, daß die Rundgebung keinesfalls einer weiteren Offenheit vorhalten werden darf.

Die Jingler-Badeverein (Siffee) hat es sich nicht nehmen lassen, in der Fragefrage ein so bedeutendes Wortlein mitzulassen, daß die Rundgebung keinesfalls einer weiteren Offenheit vorhalten werden darf.

Die Jingler-Badeverein (Siffee) hat es sich nicht nehmen lassen, in der Fragefrage ein so bedeutendes Wortlein mitzulassen, daß die Rundgebung keinesfalls einer weiteren Offenheit vorhalten werden darf.

Die Jingler-Badeverein (Siffee) hat es sich nicht nehmen lassen, in der Fragefrage ein so bedeutendes Wortlein mitzulassen, daß die Rundgebung keinesfalls einer weiteren Offenheit vorhalten werden darf.

Die Jingler-Badeverein (Siffee) hat es sich nicht nehmen lassen, in der Fragefrage ein so bedeutendes Wortlein mitzulassen, daß die Rundgebung keinesfalls einer weiteren Offenheit vorhalten werden darf.

Die Jingler-Badeverein (Siffee) hat es sich nicht nehmen lassen, in der Fragefrage ein so bedeutendes Wortlein mitzulassen, daß die Rundgebung keinesfalls einer weiteren Offenheit vorhalten werden darf.

Die Jingler-Badeverein (Siffee) hat es sich nicht nehmen lassen, in der Fragefrage ein so bedeutendes Wortlein mitzulassen, daß die Rundgebung keinesfalls einer weiteren Offenheit vorhalten werden darf.

Die Jingler-Badeverein (Siffee) hat es sich nicht nehmen lassen, in der Fragefrage ein so bedeutendes Wortlein mitzulassen, daß die Rundgebung keinesfalls einer weiteren Offenheit vorhalten werden darf.

Die Steuervorauszahlungen im Juli

Die Bestimmungen für Gewerbetreibende und Einkommen aus freien Berufen, Kapitalvermögen, Vermietung, Verpachtung und größeren Schäffern

Die Vorauszahlungen auf Einkommensteuer und Körperschaftsteuer, die am 10. Juli 1925 (Schnschritt 17. Juli) zu zahlen sind, richten sich nach den bisherigen Vorschriften.

1. Gewerbetreibende.

Gewerbetreibende, die vor Inkrafttreten des Steuerüberleitungs-gesetzes monatliche Vorauszahlungen verpflichtet waren, haben, da sie bereits die Vorauszahlungen für den Monat April am 10. (17.) Juli geleistet haben, nunmehr für die Monate Mai und Juni Vorauszahlungen zu entrichten.

Die Vorauszahlungen betragen für die ersten 3000 Reichsmark vierteljährlich 10 v. H., für die weiteren 2000 Reichsmark vierteljährlich 15 v. H., für die weiteren 3000 Reichsmark vierteljährlich 20 v. H., für die weiteren Beträge vierteljährlich 30 v. H.

Die Vorauszahlungen auf Einkommensteuer und Körperschaftsteuer, die am 10. Juli 1925 (Schnschritt 17. Juli) zu zahlen sind, richten sich nach den bisherigen Vorschriften.

b) Der Vorauszahlungsspflicht unterliegt im Gegensatz zur zweiten Steuerabstimmungsummenge in vollem Umfang auch das Einkommen aus Kapitalvermögen, gleichviel, ob davon 10 v. H. an der Quelle abgezogen sind.

c) Wer im April, Mai und Juni nur Arbeitslohn oder nur Kapitalerträge, die dem Steuerabzug unterliegen (z. B. Dividenden, Kündigungslohn) oder nicht (z. B. Anwartschaften, Garantien) erlangt, der ist nicht verpflichtet, die Vorauszahlungen zu leisten.

d) Der lediglich Einkommen aus Vermietung oder Verpachtung, aus freien Berufen, aus sonstigen Erträgen und aus Kapitalerträgen, die dem Steuerabzug nicht unterliegen, von weniger als 275 Reichsmark im Kalendervierteljahr bezogen hat, hat Vorauszahlungen nicht zu entrichten.

e) Wenn Arbeiterlohn oder Kapitalerträge, die dem Steuerabzug unterliegen haben, mit Einkommen aus freien Berufen, Vermietung und Verpachtung usw. zusammengekommen, so sind die Vorauszahlungen nach dem Gesamteinkommen zu berechnen.

f) Wenn die Vorauszahlungen über die Vorauszahlungen, die auf Grund des Steuerüberleitungs-gesetzes zu leisten sind, ergeben sich als zu gering, so sind diese auf Grund der neuen Bestimmungen zu berechnen.

g) Die Vorauszahlungen sind für die ersten 3000 Reichsmark vierteljährlich 10 v. H., für die weiteren 2000 Reichsmark vierteljährlich 15 v. H., für die weiteren 3000 Reichsmark vierteljährlich 20 v. H., für die weiteren Beträge vierteljährlich 30 v. H.

Der „Wiking“ mit dem Schießseifen

Die Ermordung des Reichsbannermannes Schulz vor dem Schwurgericht

Der 28-jährige Landwirt Alfred Rehnig, Mitglied des Wikingerbundes, hat am Tage vor der Reichspräsidentenwahl den Reichsbannermann Georg Schulz durch einen Schuß in die Brust getötet.

Die Verhandlung vor dem Schwurgericht ist am 8. Juli in der Öffentlichkeit abgehalten worden. Die Angeklagte hat sich auf die Notwehr eingelassen.

Rehnig, ein heftigster, dünner Junge, trat zu Beginn der Verhandlung, das er sich unfeindlich (2) und sich nicht zu verteidigen habe.

Rehnig erklärte, daß er Schulz durch einen Schuß in die Brust getötet hat. Die Verhandlung vor dem Schwurgericht ist am 8. Juli in der Öffentlichkeit abgehalten worden.

Rehnig erklärte, daß er Schulz durch einen Schuß in die Brust getötet hat. Die Verhandlung vor dem Schwurgericht ist am 8. Juli in der Öffentlichkeit abgehalten worden.

Erst Deutschland, dann Frankreich

Die Ratifizierung des Washington-Abkommens durch die Kammer erfolgt mit 429 gegen 151 Stimmen den von der Regierung vertretenen Standpunkt, daß das Washington-Abkommen über den Rüstungsstillstand in Frankreich erst in Kraft treten soll, wenn Deutschland dieses Abkommen ratifiziert hat.

Schluß des christlichen Bergarbeiterkongresses

Der zweite Kongreß der christlichen Bergarbeiter in Deutschland ist am 8. Juli in der Öffentlichkeit abgehalten worden. Die Kongreßbeschlüsse betreffen die Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

Der Liebhaber als Mörder

Die 20 Jahre alte Stenotypistin Elisabeth G. hat heute morgen in den Räumen der Böhmschen Maschinenfabrik in der Blumenstraße in Düsseldorf mit durchschnittenem Hals Selbstmord begangen.

Zusammenstoß zwischen Lokomotive und Zirkuswagen

Ein Transport des Zirkus Blumenthal ist zwischen Düssel und Langsdorfen im Regierungsbezirk Aachen ein Personenzug hineingefahren. Der Zirkus hatte in Gripplar Zirkuswagen und befand sich auf der Fahrt nach Bad Wildungen.

Der Transport, bestehend aus zwei Zirkuswagen, wurde von einem Kraftwagen gezogen. Der mittlere Wagen war ein Wohnwagen und behüllte die Musikinstrumente.

Eine neue baltische Außenministerkonferenz

Die neue baltische Außenministerkonferenz wird am 8. Juli in der Öffentlichkeit abgehalten werden. Die Konferenz soll die Beziehungen zwischen den baltischen Staaten und den Nachbarländern regeln.

Einen schweren Diebstahl

Ein schwerer Diebstahl wurde am 8. Juli in der Öffentlichkeit abgehalten werden. Die Diebstahlsumme betrug mehrere tausend Reichsmark.

Sachsen hört nicht auf

Die sächsische Landtag wurde der von den Linkssozialisten und Kommunisten gestellte Antrag auf Auflösung des Landtages mit 49 Stimmen der Koalitionsparteien gegen 88 Stimmen der Antragsteller und der Deutschnationalen abgelehnt.

Die sächsische Landtag wurde der von den Linkssozialisten und Kommunisten gestellte Antrag auf Auflösung des Landtages mit 49 Stimmen der Koalitionsparteien gegen 88 Stimmen der Antragsteller und der Deutschnationalen abgelehnt.

Die sächsische Landtag wurde der von den Linkssozialisten und Kommunisten gestellte Antrag auf Auflösung des Landtages mit 49 Stimmen der Koalitionsparteien gegen 88 Stimmen der Antragsteller und der Deutschnationalen abgelehnt.

Die sächsische Landtag wurde der von den Linkssozialisten und Kommunisten gestellte Antrag auf Auflösung des Landtages mit 49 Stimmen der Koalitionsparteien gegen 88 Stimmen der Antragsteller und der Deutschnationalen abgelehnt.

